FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

2
2018

Nah dran

Das Magazin aus der FW-Landtagsfraktion

Unsere größten Erfolge

2013 – 2018

Ein Rückblick auf fünf Jahre parlamentarische Arbeit im Bayerischen Landtag

UNSER ZIEL
Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern

UNSERE FORDERUNG
Wohnen darf nicht zum Luxus werden

UNSER APPELL
Keine dritte Startbahn für München

Prof. (Univ. Lima)
Dr. Peter Bauer, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, pflegepolitischer Sprecher, kulturpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, Frankensprecher

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Familie, Jugend und Integration, generationenpolitischer Sprecher, Sprecher für Vertriebene und Flüchtlinge, Mitglied im Bundes- und Europaausschuss, entwicklungspolitischer Sprecher

Thorsten Glauber, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Wirtschaftsausschuss, Mitglied im Haushaltsausschuss, wirtschaftspolitischer Sprecher, energiepolitischer Sprecher, sportpolitischer Sprecher

Eva Gottstein, MdL

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, Mitglied im Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes, frauenpolitische Sprecherin, jugendpolitische Sprecherin

Joachim Hanisch, MdL

Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, Sprecher für kommunalpolitische Fragen

Johann Häusler, MdL

Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher, Mitglied im Wirtschaftsausschuss

Dr. Leopold Herz, MdL

Agrar- und forstpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus

Nikolaus Kraus, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Verbraucherschutz

Peter Meyer, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes, kirchenpolitischer Sprecher für die evangelisch-lutherische Kirche

Prof. Dr.
Michael Piazolo, MdL

Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, hochschul- und medienpolitischer Sprecher, bildungspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus

Bernhard Pohl, MdL

Finanzpolitischer Sprecher, Mitglied im Haushaltsausschuss, vertriebenenpolitischer Sprecher, stellvertretender Vorsitzender im Untersuchungsausschuss „Bayern-Ei"

Gabi Schmidt, MdL

Sozial-, asyl- und familienpolitische Sprecherin, Mitglied im Sozialausschuss, Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

Florian Streibl, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, rechtspolitischer Sprecher, kirchenpolitischer Sprecher

Dr. Karl Vetter, MdL

Gesundheitspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege

Jutta Widmann, MdL

Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, Mitglied im Arbeitskreis Kommunales, Wirtschaft und Finanzen

Benno Zierer, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Unsere größten Erfolge: Mit uns bewegt sich Bayern!

Liebe Leserinnen und Leser,

wie schnell sich die Welt verändert und wie wichtig es ist, sich politisch einzubringen, hat uns unsere Frühjahrsklausurtagung in Rosenheim gezeigt. Denn was undurchdachte politische Entscheidungen auslösen, erleben gerade Bayerns Bauern. Egal, ob sie sich mit der Direktvermarktung ihrer Produkte ein zweites Standbein aufbauen wollen oder mit einer neuen Düngeverordnung kämpfen: Die überbordende Bürokratie lähmt sie und bedeutet für viele Bauernhöfe über kurz oder lang das Aus. Dabei wissen Bayerns Bürgerinnen und Bürger durchaus selbst, was getan werden muss. Das durfte die Fraktion beim Besuch des innovativen Wohnraumprojekts „Dahoam im Inntal" oder im Logistikzentrum Prien erleben. Wir FREIE WÄHLER wissen um die Sorgen und Nöte der bayerischen Bevölkerung. Niemand anderes ist so stark in den Kommunen und Gemeinden verwurzelt und erfährt direkt an der Basis von Missständen – aber auch von Erfolgsgeschichten.

Erfolgsgeschichten konnte die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ebenfalls schreiben. Nun, da sich die Legislaturperiode dem Ende zuneigt, ist es an der Zeit, die vergangenen fünf Jahre Revue passieren zu lassen und auf unsere Erfolge zurückzublicken. Mit uns kam die Chancengleichheit zurück an die Universitäten. Durch die Abschaffung der Studiengebühren ermöglichten wir wieder barrierefreien Zugang zu Bildung und Wissen. Auch setzten wir uns erfolgreich für eine Rückkehr des G9 ein. Zuletzt haben wir mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einen großen Erfolg eingefahren.

Auch haben wir in den zahlreichen Ausschüssen vieles erreicht, wovon Sie in dieser Ausgabe lesen. Aber es gibt keinen Grund zum Ausruhen: Wir kämpfen weiter für das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern. Der Staatsregierung werden wir unablässig ihre Versäumnisse und Fehlentscheidungen vorhalten, damit Bayern besser, gerechter und noch lebenswerter für seine Bürgerinnen und Bürger wird.

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen

Hubert Aiwanger, MdL und Fraktionsvorsitzender

13

Chancengleichheit beim Studium

Aus für Straßenausbaubeiträge

10

Schulterblick

06 Fraktion intern
Klausurtagung in Rosenheim

08 Unser Ziel
Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern

09 Unsere Forderung
Wohnen darf nicht zum Luxus werden

Schwerpunkt

Unsere Erfolge

10 AUS FÜR STRASSEN-AUSBAUBEITRÄGE
Abschaffung eines Bürokratiemonsters

12 RÜCKKEHR ZU G9
Den FREIEN WÄHLERN sei Dank!

13 ABSCHAFFUNG DER STUDIENGEBÜHREN
Chancengleichheit beim Studium

Spektrum

14 Unsere Arbeit in den Ausschüssen

15 VERFASSUNGSAUSSCHUSS
Neuregelung des Petitionsrechts in Bayern: mehr Rechte für Bürger

16 WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS 1
Digitalisierung in Bayern: Zukunftsfähigkeit steht auf dem Spiel

17 WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS 2
Touristisches Potenzial des Freistaats nutzen

18 AUSSCHUSS ÖFFENTLICHER DIENST
Unser Einsatz für Beschäftigte: keine Nachteile durch neue Infrastrukturgesellschaft

19 INNENAUSSCHUSS
Unsere Ziele für die Polizei in Bayern: Sicherheit gewährleisten und Freiheit bewahren

20 WISSENSCHAFTSAUSSCHUSS
Medizinstudium in Bayern: Zulassung darf nicht allein von Abiturnote abhängen

21 BILDUNGSAUSSCHUSS
Unser Antragspaket #BILDUNG_DIGITAL: Schüler für die digitale Zukunft fit machen

22 UMWELTAUSSCHUSS
Belastungsgrenze ist erreicht: keine dritte Startbahn für München

23 LANDWIRTSCHAFTSAUSSCHUSS
Milchbauernsterben: unsere Initiativen für Bayerns Milchbauern

25 AUSSCHUSS BUNDESANGELEGENHEITEN
Abstimmungsverhalten im Bundesrat: mehr Transparenz für Bayerns Bürger

16

Digitalisierung in Bayern

26 GESUNDHEITSAUSSCHUSS
Unsere Pflegeinitiativen: Bayern braucht mehr Pflegekräfte und eine Pflegekammer

27 HAUSHALTSAUSSCHUSS
Versteckte Steuererhöhungen: keine Taschenspielertricks bei der Soli-Abschaffung

Nahaufnahme

14 Zahl des Quartals

24 Fünf Fragen an ...
die FREIEN WÄHLER zur Arbeit im Sozialausschuss

28 Auf ein Wort
Fünf Jahre parlamentarische Arbeit: Unsere Abgeordneten ziehen Bilanz

30 Porträt
Unser Vorstandsmitglied Thorsten Glauber

31 Die letzte Seite
Kurz berichtet
Was sonst noch los war

Frühjahrsklausur in Rosenheim

Bayerns Baustellen im Fokus

Die Legislaturperiode im Bayerischen Landtag mag sich dem Ende neigen – doch die politischen Forderungen gehen uns nicht aus. Bei unserer Klausurtagung haben wir den Blick nach Rosenheim gerichtet – dorthin also, wo die Probleme der Landwirtschaft und die der Grenzsicherung zurzeit deutlich zutage treten.

Handlungsbedarf sehen wir aktuell aber nicht nur beim Grenzschutz und in der Landwirtschaft, sondern auch beim sozialen Wohnungsbau sowie der medizinischen Nahversorgung. Über all diese Themen haben wir bei unserer Frühjahrsklausur in Rosenheim – übrigens unserer letzten Klausur in dieser Legislaturperiode – beraten.

Besonders der Wohnraummangel in Bayern sorgt zurzeit für Schlagzeilen. In Metropolen wie München ist es fast unmöglich, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Wir FREIE WÄHLER schlagen daher vor, den Wohnbau auf dem Land durch finanzielle Anreize attraktiver zu gestalten. Bei einem Besuch des ganzheitlichen Wohnprojekts „Dahoam im Inntal“ in Brannenburg konnten wir uns ein Bild vom Wohnen der Zukunft machen. Familien, Alleinstehende und Senioren leben dort Tür an Tür zusammen und profitieren so voneinander. Hier kann man sehen, wie dörfliche Gemeinschaft neu gedacht und mit Leben gefüllt wird. Indem wir den Menschen Anreize geben, auf dem Land zu bleiben, entlasten wir die Städte, beleben den ländlichen Raum und wirken übermäßiger Urbanisierung entgegen.

Mit Blick auf die aktuellen Probleme in der Landwirtschaft wollen wir FREIE WÄHLER die praxisfremde Düngeverordnung entschärfen. Besonders im Voralpenland stehen viele Höfe vor dem Aus, weil sie wegen der strengeren und praxisfernen Nitrat-Obergrenzen ihre Gülle nicht mehr ausbringen dürfen und stattdessen Kunstdünger kaufen müssen. Wir fordern die Staatsregierung auf, politische Prozesse künftig viel exakter zu planen und auf Langfristigkeit auszulegen. Ein solcher Zickzackkurs der Politik darf nicht ganze Betriebe ausschalten.

WOHNRAUM-MANGEL IN BAYERN

FEHLENDE MEDIZINISCHE NAHVERSORGUNG

PROBLEME MIT DER INNEREN SICHERHEIT

BÜROKRATISIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT

„Wir sehen massiven Korrekturbedarf in der bayerischen Landespolitik – dazu gehören die wachsende Wohnungsknappheit, Probleme der Landwirtschaft wie eine praxisfremde EU-Düngeverordnung und Söders Schnapsidee einer ‚Bayerischen Grenzpolizei‘.“

Kritisch sehen wir auch die Pläne der Staatsregierung, eine „Bayerische Grenzpolizei“ einzurichten. Bei einem Ortstermin in der Polizeiinspektion „Fahndung“ der Rosenheimer Polizei haben wir für eine weitere Stärkung der Schleierfahndung in den örtlichen Polizeiinspektionen geworben. Ministerpräsident Söder versucht durch vollmundige Ankündigungen von seiner eigenen verfehlten Personalpolitik bei der Polizei abzulenken. Statt echte Lösungen für die sicherheitspolitischen Herausforderungen im Freistaat anzubieten, entstehen unnötige Doppelstrukturen mit unklaren Befugnissen. Mit der Bundespolizei und der Schleierfahndung haben wir bereits zwei bewährte Einsatzeinheiten, die lediglich personell verstärkt werden müssten.

Besonderes Augenmerk wollen wir in den kommenden Monaten auf die medizinische Nahversorgung legen. Es ist wichtig, kommunale Krankenhäuser zu erhalten. Gerade in einem Flächenland wie Bayern muss kompetente medizinische Hilfe wohnortnah zur Verfügung stehen. Von den drohenden Krankenhausschließungen sind vor allem Familien, Senioren und die medizinischen Fachkräfte betroffen. Wenn wir das schulterzuckend zulassen, müssen wir uns nicht wundern, wenn immer mehr Menschen das Land verlassen und in die ohnehin schon überlasteten Metropolregionen flüchten. Für ein lebenswertes Bayern – vor allem gerade auch im ländlichen Raum – wollen wir FREIE WÄHLER deshalb weiterkämpfen!

Wir FREIE WÄHLER fordern die Ausdehnung der Schleierfahndung statt einer neuen „Bayerischen Grenzpolizei“. Mit Vertretern der Polizeiinspektion Ingolstadt haben wir darüber gesprochen.

Bei einer Besichtigung des ganzheitlichen Wohnprojekts „Dahoam im Inntal“ in Brannenburg konnten wir uns ein Bild vom Wohnen der Zukunft machen.

Bei einem Besuch in Bad Feilnbach haben wir die neue Düngeverordnung diskutiert.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern

Gemäß der bayerischen Verfassung sollen die Menschen in Bayern vom Alpenrand bis an den Main gleich gut leben können. Die Realität sieht allerdings anders aus – deshalb wollen wir FREIE WÄHLER mit gezielten Maßnahmen gegensteuern.

Bayerns wirtschaftlich leistungsfähigere und schwächere Regionen driften nach wie vor weit auseinander: Während die Städte mit der Bereitstellung der nötigen Infrastruktur nicht hinterherkommen, fehlt es den ländlichen Gemeinden zunehmend an finanziellen Mitteln, um überhaupt die Grundversorgung vorzuhalten. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Bayern kann also keine Rede sein.

Deshalb haben wir FREIE WÄHLER seit Beginn der Legislaturperiode die Schieflage zwischen Metropol- und ländlichen Regionen auf die parlamentarische Agenda gesetzt – mit Erfolg: Auf unsere Initiative hin wurde die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in die bayerische Verfassung aufgenommen, was schließlich zur Gründung einer entsprechenden Enquete-Kommission geführt hat. Diese hat sich in den vergangenen vier Jahren intensiv mit der Frage befasst, wie räumliche Gerechtigkeit in allen Bereichen Bayerns sichergestellt werden kann.

Den von der Kommission vorgestellten Abschlussbericht haben wir deshalb zum Anlass genommen, ein umfangreiches Maßnahmenpaket mit 23 Einzelanträgen zu schnüren, um die Forderungen der Kommission praxisnah und im Sinne der Kommunen und Bürger umzusetzen. Übergeordnetes Ziel aller Anträge ist dabei, die Städte dauerhaft zu entlasten und die ländlichen Gemeinden nachhaltig zu stärken.

„Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern endlich Chefsache wird.“

Konkret fordern wir unter anderem, die Stilllegung von Bahnstrecken zu stoppen, Glasfaserkabel in jedes Haus zu legen und die medizinische Versorgung auch auf dem Land sicherzustellen. Auch Familien und Kinder haben wir im Blick: So wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, pflegende Angehörige entlasten und die digitale Bildung an Grundschulen ausbauen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Kinderbetreuung weitgehend kostenfrei wird.

Um Schieflagen künftig schneller zu erkennen und effizienter bearbeiten zu können, haben wir uns zudem für die Entwicklung eines Indikatorensystems zur Messung der Gleichwertigkeit ausgesprochen – von der Arztinfrastruktur über die Entfernung zu Schulen bis zum Angebot an Kitaplätzen. Auch wenn die Staatsregierung unser Antragspaket abgelehnt hat: Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern endlich Chefsache wird.

Dank der Beharrlichkeit der FREIEN WÄHLER ist die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern mittlerweile in die Verfassung aufgenommen worden.

Wohnen darf nicht zum Luxus werden

Unerschwingliche Mieten in den Städten, leerstehende Wohnungen auf dem Land: Der bayerische Wohnungsmarkt schlägt Kapriolen, ein Ende ist nicht in Sicht. Mit einem wohnungspolitischen Maßnahmenpaket wollen wir den Wohnungsbau auf dem Land ankurbeln und dadurch die Metropolen entlasten.

Laut einer aktuellen Statistik des Innenministeriums wird in Bayern in 20 Jahren rund eine halbe Million Menschen mehr leben als heute. Allerdings ist das prognostizierte Wachstum sehr ungleich verteilt: Die Städte wachsen; die ländlichen Regionen verlieren Einwohner. Das hat weitreichende Folgen für den Wohnungsmarkt: Während Wohnungen in Ballungsgebieten schon heute kaum noch bezahlbar sind, nimmt der Leerstand auf dem Land immer weiter zu, ganze Dörfer bluten aus.

„Es kann nicht sein, dass immer mehr Menschen bis zur Hälfte ihres Nettoeinkommens für die Miete ausgeben müssen.“

Einen gangbaren Weg zur Entspannung des Wohnungsmarktes sehen wir deshalb in der Förderung von Wohneigentum im ländlichen Raum. In unserem Maßnahmenpaket fordern wir großzügige Sonderabschreibungen für die Sanierung von Häusern in verfallenen Ortskernen, die Schaffung moderner Mietwohnungen für junge Menschen, um den Zuzug in die Metropolregionen zu bremsen. Wir setzen auf eine steuerfreie Entnahme von Bauland aus dem Betriebsvermögen für Landwirte, wenn darauf in den folgenden fünf Jahren Mietwohnraum entsteht. Außerdem sollen Familien von der Grunderwerbssteuer mit einem Freibetrag von 500.000 Euro beim Wohnungs- oder Hauskauf entlastet werden.

Auch der soziale Wohnungsbau in den Städten muss endlich angemessen gefördert werden. Nach dem zweifelhaften Verkauf von 32.000 ehemals staatseigenen GBW-Wohnungen sind bezahlbare Sozialwohnungen längst Mangelware. Deshalb fordern wir, die Wohnraumfördermittel nachhaltig anzuheben sowie den Zuschussanteil bei gefördertem Wohnungsbau deutlich zu erhöhen. Zudem sollte der soziale Wohnungsbau von der Grunderwerbssteuer befreit werden.

Ferner müssen ausländische Investitionen endlich eingeschränkt werden, damit Immobilien- und Mietpreise nicht weiter explodieren. Es kann nicht sein, dass immer mehr Menschen bis zur Hälfte ihres Nettoeinkommens für die Miete ausgeben müssen. Das ist zu viel, um einen dem Verdienst angemessenen Lebensstandard aufrechtzuerhalten – und erst recht, um Rücklagen zu bilden. Wohnen darf nicht zum Luxusgut werden – und damit zu einer sozialen Spaltung führen.

Wie Wohnen in Zukunft aussehen könnte, darüber informierten sich die Abgeordneten u. a. bei dem Besuch eines Wohnbauprojekts nahe Rosenheim.

Abschaffung eines Bürokratiemonsters

Monatelang haben wir für das Aus der Straßenausbaubeiträge gekämpft – mit Erfolg: Seit Juni ist die „Strabs“ Geschichte. Beim Gesetz der Staatsregierung sehen wir allerdings noch Nachbesserungsbedarf.

Etappensieg für die FREIEN WÄHLER

Aus für Straßenausbaubeiträge

Die Straßenausbaubeitragssatzung ist vom Tisch; ihre Abschaffung ist einer unserer schönsten Erfolge in dieser Legislaturperiode. Dank unserer Beharrlichkeit und mit der Unterstützung der Bevölkerung haben wir dieses Bürokratiemonster, das über Jahrzehnte mit dem Privatvermögen der Bürger gefüttert wurde, zu Fall gebracht. Einen Haken hat die Sache allerdings: Das mit großer Verzögerung vorgelegte Gesetz der Mehrheitsfraktion CSU braucht noch Nachbesserungen.

Aber blicken wir zunächst zurück: Über 40 Jahre lang fand die Straßenausbaubeitragssatzung Anwendung im Kommunalrecht – mit zum Teil existenzbedrohenden Folgen. Die Satzung sah vor, Anlieger einer Straße mit bis zu sechsstelligen Beträgen an deren Ausbau zu beteiligen – ohne Mitspracherecht für die Grundstückseigentümer. Die Folge: Viele Beitragszahler klagten gegen die Bescheide; Verwaltungsgerichte und Kommunen konnten den Verwaltungsaufwand kaum mehr stemmen.

Monatelang forderten wir FREIE WÄHLER deshalb die Abschaffung dieser ungerechten und streitanfälligen Satzung. Im Landtag brachten wir frühzeitig einen umfangreichen Gesetzentwurf ein, in dem wir erläutern, wie der kommunale Straßenbau künftig ohne Mehrbelastung für Bürger oder Kommunen finanziert werden könnte. Außerdem startete unsere Partei ein Volksbegehren, für das in Rekordzeit die nötigen Unterschriften gesammelt wurden – über 340.000 waren es zum Schluss, so viele wie noch nie zuvor bei einem Volksbegehren in Bayern.

Schließlich gab die Staatsregierung unserem Druck nach und reichte ihrerseits ein Gesetz zur Abschaffung der „Strabs“ ein, das inzwischen im Landtag verabschiedet worden ist. Allerdings sehen wir die überfällige Kehrtwende der Staatsregierung nur als Etappensieg. Denn das Gesetz der CSU hat seine Tücken; es muss dringend nachgebessert werden. Es enthält keinen Vorschlag für die zukünftige Finanzierung der Straßenausbaumaßnahmen. Weder ist klar, wo das Geld herkommen, noch, wie es verteilt werden soll. Diese Leerstelle sorgt zu Recht für große Verunsicherung bei den Kommunen und muss dringend gelöst werden.

Auch die Regelung zum Stichtag ist undurchdacht: Während wir FREIE WÄHLER fordern, dass Beitragsbescheide, die ab dem 1. Januar 2014 bekanntgegeben wurden, rückabgewickelt und bis dahin geleistete Zahlungen den Bürgern zurückerstattet werden, hat die CSU den Stichtag 1. Januar 2018 beschlossen. Damit löst sie die meisten Härtefälle nicht.

> „Dank unserer Beharrlichkeit und mit der Unterstützung der Bevölkerung haben wir dieses Bürokratiemonster, das über Jahrzehnte mit dem Privatvermögen der Bürger gefüttert wurde, zu Fall gebracht.“

Noch kritischer sehen wir die Regelung zu Vorauszahlungsbescheiden. Nach CSU-Lesart bleiben alle Maßnahmen in Kraft, für die vor dem 31. Dezember 2017 Vorauszahlungen festgesetzt wurden – selbst wenn die endgültige Beitragshöhe noch gar nicht feststeht. Demnach haben Gemeinden noch bis zum 31. Dezember 2024 die Möglichkeit, diese Straßen endgültig zu bauen – und das Geld von den Anliegern einzusammeln. Ein gerechter, ausgewogener Gesetzentwurf sieht anders aus!

Deshalb wollen wir uns auch in den kommenden Monaten mit Nachdruck für eine saubere Regelung zur endgültigen Beerdigung der „Strabs“ einsetzen. Deren Abschaffung – so überfällig sie ist – darf nicht zum unausgegorenen Wahlkampf-Schnellschuss der CSU verkommen, sondern muss dem Anspruch folgen: „Bürger entlasten – und Kommunen nicht belasten.“

Der politische Kraftakt hat sich gelohnt: Das Volksbegehren der FREIEN WÄHLER mit mehr als 340.000 Unterschriften in wenigen Wochen hat die Trendwende zu diesem beispiellosen Erfolg eingeleitet. Wir FREIE WÄHLER werden uns für weitere Verbesserungen am Gesetz starkmachen.

Den FREIEN WÄHLERN sei Dank!

Im Sommer kehrt das G9 an die Gymnasien zurück

Mit der überstürzten Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre zogen Mehrbelastung und Unsicherheit ein in die bayerischen Klassenzimmer. Jahrelang haben wir deshalb für die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums gekämpft. Mit Erfolg: Nach den Sommerferien kehrt das G9 zurück.

Viele Schüler, Lehrer und Eltern in Bayern dürften gejubelt haben, als der Landtag im Dezember vergangenen Jahres die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium, kurz G9, beschloss. Mit Beginn des Schuljahrs 2004/2005 war die Gymnasialzeit auf acht Jahre verkürzt worden – eine Entscheidung des damaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, die sich schnell als undurchdacht und überhastet herausstellte.

„Trotz aller offenkundiger Missstände sollte eine jahrelange Debatte über die Rückkehr zu G9 nötig werden, die wir FREIE WÄHLER schon früh anstießen und bis zum Schluss hartnäckig vorantrieben."

Denn statt schneller fit für den Arbeitsmarkt zu werden, waren viele Schüler vor allem gestresst und teils auch überfordert. Zudem erwiesen sich der Bologna-Prozess mit der Verkürzung der Regelstudienzeit und die Abschaffung der Wehrpflicht als deutlich wirksamere Stellschrauben, um das Berufseintrittsalter von Hochschulabsolventen zu senken – die mit dem G8 verbundenen Ziele waren also bald obsolet. Trotzdem sollte eine jahrelange Debatte über die Rückkehr zu G9 nötig werden, die wir FREIE WÄHLER schon früh anstießen und bis zum Schluss hartnäckig vorantrieben.

Unsere Forderung, zum G9 zurückzukehren und so den Druck von den Schülern zu nehmen, gipfelte 2014 sogar in einem von uns initiierten Volksbegehren. Doch noch drei weitere Jahre sollten vergehen, ehe die Staatsregierung endlich die Notbremse zog. Diese Kehrtwende war und ist ein Riesenerfolg für uns – aber sie zieht viele Fragen nach sich, deren Beantwortung die Regierung noch immer schuldig geblieben ist.

Nicht abschließend geklärt ist nach wie vor, wie die Oberstufe konkret ausgestaltet und wie die schwierige Übergangsphase von G8 zu G9 gelöst werden soll. Auch die Schüler der jetzigen 6. und 7. Klassen müssen die Möglichkeit bekommen, neun Jahre zur Schule gehen zu dürfen. Außerdem fordern wir die Einführung mindestens eines Leistungskurses, der die Neigungen und Begabungen der Schüler fördert, um so frühzeitig die Studierfähigkeit der angehenden Abiturienten sicherzustellen.

Fünf Jahre haben die FREIEN WÄHLER für die Abschaffung des G8 gekämpft. An vorderster Front mit dabei: der bildungspolitische Sprecher Prof. Dr. Michael Piazolo.

Ebenso gilt es, die sogenannte Überholspur – also das Überspringen einer Jahrgangsstufe – pädagogisch so aufzubauen, dass Schüler auch bei einer achtjährigen Gymnasialzeit optimal betreut werden. Zudem darf der Freistaat die Einstellung von mindestens 1.000 zusätzlichen Gymnasiallehrern nicht verschlafen – nur so kann dem bis zum Schuljahr 2025/2026 zu erwartenden Lehrermangel vorgebeugt werden.

Abschaffung der Studiengebühren

Chancengleichheit beim Studium

Was heute nur noch eine unrühmliche Anekdote ist, war sechs Jahre lang bittere Realität für Bayerns Studierende: Von 2007 bis 2013 mussten sie für ihre akademische Ausbildung im Freistaat Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester bezahlen – bis wir FREIE WÄHLER die Gebühren zu Fall brachten.

Die aktuelle Legislaturperiode begann für uns mit einem großen Erfolg: Mit dem Sommersemester 2013 wurde das Studium in Bayern endlich wieder gebührenfrei. Bis es so weit war, waren allerdings Jahre des zähen Ringens vergangen, in denen sich die Mehrheitsfraktion CSU beharrlich geweigert hatte, ihre Fehlentscheidung zu revidieren und die unsozialen Studiengebühren zurückzunehmen.

Aber der Reihe nach: Eingeführt hatte die CSU die Gebühren im Jahr 2007, nachdem bereits das Zweit- sowie das Langzeitstudium in Bayern gebührenpflichtig waren. Doch diesmal sorgten die Gebühren für großen Unmut – bei Studierenden und ihren Eltern, bei Dozenten, in Hochschulgremien und auch bei uns FREIEN WÄHLERN. Zum einen gefährdeten die Gebühren das Recht auf Chancengleichheit; das bayerische Studium drohte zur Elitenausbildung zu verkommen. Zum anderen war nicht nachvollziehbar, warum Bayern zwar von seinen Studierenden Geld nahm, aber gleichzeitig andere Bundesländer über den Länderfinanzausgleich mitfinanzierte, die ihre Studierenden kostenlos studieren ließen.

Deshalb setzten wir uns mit diversen parlamentarischen Initiativen für die Abschaffung der Gebühren ein. Doch erst das von unserer Partei initiierte Volksbegehren „Grundrecht auf Bildung ernst nehmen – Studienbeiträge abschaffen" sollte die entscheidende Wende bringen. Es war das erste Volksbegehren in der Geschichte des bayerischen Parlaments seit 1946, dem der Bayerische Landtag seine Zustimmung erteilte, nachdem zuvor der Verfassungsgerichtshof unserer Klage zur Zulassung des Volksentscheids stattgegeben hatte. Eine breite Mehrheit, getragen von Abgeordneten aller Oppositionsfraktionen und sogar der CSU, stimmte für den Gesetzentwurf unseres Volksbegehrens.

Mit der Entscheidung fielen der Mehrheitswille des Parlaments und der Wille der Befürworter aus der Bevölkerung zusammen; die Abschaffung war damit nicht nur ein Zeichen für mehr Bildungsgerechtigkeit in Bayern, sondern auch für eine funktionierende Demokratie. Auf den Kosten blieben die Universitäten aber nicht sitzen: Die wegfallenden Einnahmen aus den Studienbeiträgen in Höhe von 219 Millionen Euro werden seitdem vollständig aus dem Staatshaushalt kompensiert.

Unsere erfolgreichsten parlamentarischen Initiativen

Der Kern der parlamentarischen Arbeit findet in den 13 ständigen Ausschüssen des Landtags statt. Dort werden Gesetzentwürfe und Anträge beraten und die Entscheidungen des Plenums vorbereitet. Auch wir haben in den einzelnen Ausschüssen zahlreiche politische Initiativen gestartet. Eine Auswahl unserer erfolgreichsten und wegweisendsten Anträge stellen wir hier vor.

Verfassungsausschuss 15
Kontrolliert und unterstützt das Justizministerium

Wirtschaftsausschuss 16
Mittelstands- und Existenzgründerförderung, Tourismus, Innovation, Technologie und erneuerbare Energien sowie Sozialpolitik

Öffentlicher Dienst 18
Belange der Beamten und Angestellten des Öffentlichen Dienstes

Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport 19
Berät zu kommunalen Abgaben wie Steuern, Beiträgen und Gebühren und sichert die kommunale Daseinsfürsorge

Wissenschaftsausschuss 20
Hochschulen und Universitäten, Forschung, Musik, Museen, Theater, öffentlich-rechtliche Medien

Bildungsausschuss 21
Schulpolitik, allgemeinbildende und berufliche Schulen, Förderschulen, Lehrpläne, innere Schulentwicklung, Themen der Lehrer, Schüler und Eltern

Umweltausschuss 22
Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen

Landwirtschaftsausschuss 23
Leistungsfähige bäuerliche Land- und nachhaltige Forstwirtschaft und hochwertige Lebensmittel

Sozialausschuss 24
Verbesserungen für Menschen mit Behinderung, Senioren, Armutsproblematik, frühkindliche Bildung und Erziehung

Ausschuss für Bundesangelegenheiten 25
Überprüft bayerische Kompetenzen und Interessen auf allen Ebenen und pflegt regionale Beziehungen weltweit

Gesundheit 26
Ärztliche Versorgung, Prävention, Krankenhauswesen, Kranken- und Pflegeversicherung, Altenpflege, Hospizwesen, Berufsrecht „Pflegeberufe“

Haushaltsausschuss 27
Beratung des Staatshaushalts und Überprüfung der Anträge und Gesetzentwürfe auf ihre finanziellen Auswirkungen

Zahl des Quartals

So viele parlamentarische Initiativen hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion in der Legislaturperiode 2013–2018 bislang eingereicht. Das sind im Schnitt fast 800 Initiativen pro Jahr, über 60 pro Monat und rund 15 pro Woche. 291 Initiativen wurden positiv im Plenum beschlossen. (Stand: 28. Mai 2018)

Neuregelung des Petitionsrechts in Bayern

Mehr Rechte für Bürger

Modern und bürgerfreundlich – so stellen wir FREIE WÄHLER uns das Petitionsrecht in Bayern vor. Im Verfassungsausschuss haben wir sogar schon einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem wir darlegen, wie das Petitionswesen in Bayern künftig aussehen könnte.

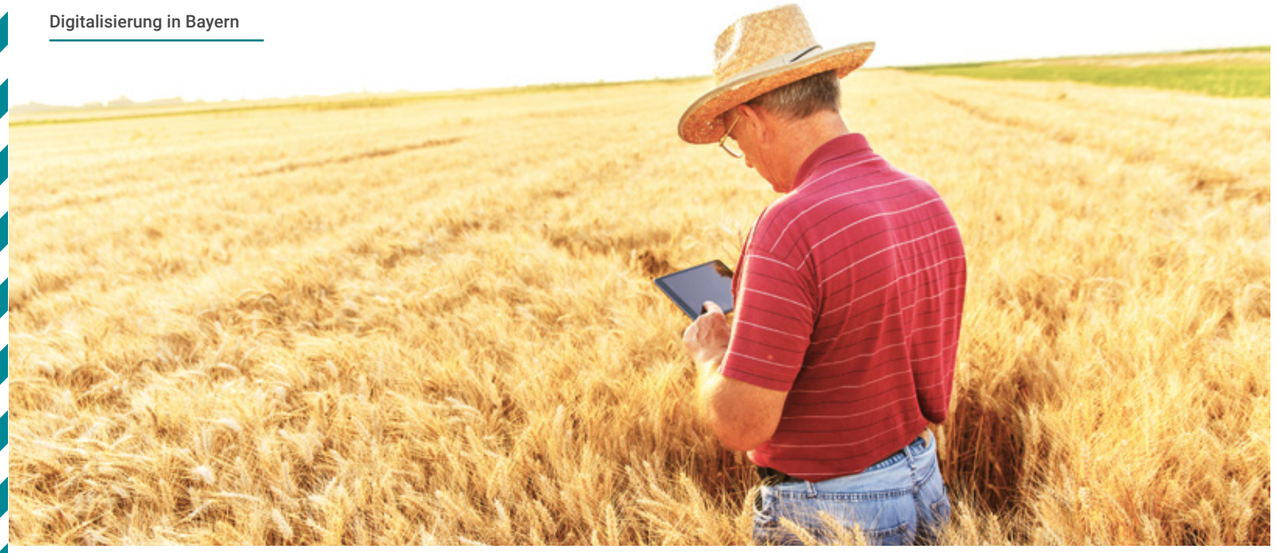
Das Petitionsrecht ist ein hohes Gut, es ist verfassungsrechtlich geschützt und ermöglicht allen Bewohnern Bayerns, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Behörden oder direkt an das Parlament zu wenden. Tatsächlich nehmen die Bürgerinnen und Bürger dieses Recht rege wahr: Allein der Landtag entscheidet jährlich über rund 2.400 Petitionen. An den eingereichten Petitionen können die Parlamentarier auch erkennen, wo Nachbesserungsbedarf bei Gesetzen und Verordnungen besteht. So kann der Landtag seine Kontrollaufgabe gegenüber der Regierung und der Verwaltung wahrnehmen.

Weil wir wissen wollten, ob unser Petitionswesen verbesserungswürdig ist, setzten wir in der laufenden Legislaturperiode eine Expertenanhörung zum „Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens“ durch. Und in der Tat kamen die Experten zu dem Ergebnis, dass innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens durchaus noch Nachjustierungen möglich sind. Diese Einschätzung nahmen wir zum Anlass, im Verfassungsausschuss einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Petitionsrechts einzubringen.

„Auch Petitionen privater Petitionsportale, die über das Internet mitgezeichnet werden, wollen wir in das Petitionswesen einbinden.“

Dieser sieht vor, dass Petitionen künftig noch leichter eingereicht werden können: mündlich, in Brailleschrift oder in Gebärdensprache. Durch dieses niederschwellige Angebot wollen wir den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung stärker Rechnung tragen. Zudem schlagen wir vor, dass ein Petent – so wird der Einsender einer Petition genannt – künftig einen Anspruch auf einen begründeten Bescheid hat. Das war bislang nicht der Fall. Außerdem wollen wir, dass endlich auch in Bayern öffentliche Petitionen eingereicht werden können. Bei Massen- und Sammelpetitionen soll ab einem Quorum von 7.500 Unterstützern eine Anhörung des Petenten im Ausschuss stattfinden. Auch Petitionen privater Petitionsportale, die über das Internet mitgezeichnet werden, wollen wir in das Petitionswesen einbinden.

Zu guter Letzt sieht unser Entwurf vor, nach rheinland-pfälzischem Vorbild einen Bürgerbeauftragten als ständigen Beauftragten des Petitionsausschusses zu installieren. Mit ihm hätten Petenten endlich einen persönlichen Ansprechpartner an der Hand.



Kostenloses WLAN per Mobilfunk

Zukunftsfähigkeit steht auf dem Spiel

Beim Thema Digitalisierung geht es um nicht weniger als um die Zukunftsfähigkeit des Freistaats. Ob medizinische Versorgung, Bildung, Wirtschaft oder Sicherheit: Die Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche und muss schnell vorangetrieben werden.

Zum einen fordern wir die Bereitstellung der nötigen Infrastruktur, denn sie ist die Voraussetzung für ein zukunftsfähiges Bayern. Wir brauchen einen flächendeckenden Breitbandausbau mit leistungsfähigem Internet, das insbesondere auch dem ländlichen Raum zugutekommt. Das aktuelle Förderprogramm läuft dieses Jahr aus. Wir brauchen ein Anschlussförderprogramm mit einem klaren Ziel: Glasfaser für jedes Haus. Dieses Programm muss auch endlich höhere Bandbreiten als die bislang gesetzlich festgeschriebenen 30 Mbit/s vorsehen. Hier ist der Freistaat in der Pflicht und darf die Arbeit nicht wieder auf die Kommunen abschieben.

Zum anderen ist uns wichtig, in die flächendeckende Mobilfunkabdeckung zu investieren. Wir FREIE WÄHLER fordern seit Jahren Förderprogramme für den Mobilfunkausbau im ländlichen Raum. Dass die Zeit drängt, hat im Wahljahr auch die Staatsregierung erkannt und will nun ein entsprechendes Programm auflegen. Allerdings sollen den Ausbau – wie beim Breitbandförderprogramm – wieder die Kommunen stemmen, sie sollen sogar für ein

„Die Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche und muss schnell vorangetrieben werden."

Fünftel der Kosten aufkommen. Unsere klare Forderung: Der Freistaat muss den Mobilfunkausbau selbst zu hundert Prozent finanzieren und organisieren. Der Ausbau käme übrigens auch den vielen Pendlern im Freistaat zugute. Mit unserem Antragspaket „Schnelles Internet in Bayerns Zügen" haben wir die volle Mobilfunknetzabdeckung entlang aller Bahnstrecken in Bayern verlangt. So könnten endlich auch die bayerischen Regionalzüge mit zuverlässigem, kostenlosem WLAN ausgestattet werden.

Auch in den Bereichen Sicherheit und Datenschutz sowie E-Government muss Bayern sich deutlich schneller digitalisieren als bislang. Wir brauchen mehr IT-Spezialisten bei der Polizei sowie Datenschutzbeauftragte für die Anwaltschaft und müssen die E-Demokratie – sei es in Form von Live-Schaltungen aus den Sitzungen oder Online-Datenbanken zum Abstimmungsverhalten – vorantreiben. Zudem erwarten wir, dass das Wirtschaftsministerium die Industrie 4.0 deutlich stärker fördert als bislang. Auch die digitale Bildung muss ausgebaut werden – wie wir uns das vorstellen, haben wir auf Seite 21 für Sie zusammengefasst.

Touristisches Potenzial des Freistaats nutzen

Tourismusbranche muss stärker gefördert werden

Das Tourismusland Bayern verfügt über viel ungenutztes Potenzial. Zwar haben im vergangenen Jahr über 37 Millionen Touristen den Freistaat besucht – doch meist nur für kurze Zeit. Dabei könnte durch eine gezielte Tourismusförderung die Aufenthaltsdauer deutlich erhöht werden. Unsere diesbezüglichen Anträge hat die CSU leider stets abgelehnt. Erst jetzt – kurz vor der Landtagswahl – will die Staatsregierung ein Förderprogramm auflegen.

Dabei ist schon lange klar, dass der Tourismus in Bayern stärker unterstützt werden muss. Die weitgehend mittelständisch geprägte Branche ist gerade für die strukturschwachen Regionen ein wichtiger Wirtschaftszweig und steht in den Grenzregionen im Wettbewerb mit den Nachbarländern. Während im Jahr 2014 aus dem Haushaltstopf „Maßnahmen zur Förderung des Tourismus / Zuschüsse an private Unternehmen" noch 40 Millionen Euro abgerufen werden konnten, lag der Mittelansatz im Jahr 2016 nur noch bei knapp über neun Millionen Euro – viel zu wenig also für eine angemessene Förderung.

„Erst jetzt – kurz vor der Landtagswahl – will die Staatsregierung ein Förderprogramm auflegen. Dabei ist schon lange klar, dass der Tourismus in Bayern stärker unterstützt werden muss."

Im Doppelhaushalt 2017 / 2018 wurden die Mittelansätze zwar erhöht, jedoch abermals völlig unzureichend, um den Bedarf zu decken. Deshalb forderten wir im Nachtragshaushalt, die Mittel von 16,5 auf über 51 Millionen Euro anzuheben – doch die CSU lehnte unseren Antrag ab. Zudem wollten wir die Zuschüsse für Gemeinden und Gemeindeverbände erhöhen, nämlich von 13 auf über 20 Millionen Euro. Mit dem Geld wollten wir Einrichtungen der Tourismusinfrastruktur fördern, die jüngst neu gestaltet, erweitert oder modernisiert worden waren oder werden sollten. So wollten wir die bayerischen Gemeinden im Wettbewerb mit den Nachbarländern unterstützen. Doch auch hier: Ablehnung durch die CSU.

Auch mit unseren Forderungen zum Erhalt bayerischer Wirtshäuser stießen wir lange Zeit auf taube Ohren. Dabei hat der Freistaat von 2006 bis 2015 ein Viertel seiner Schankwirtschaften verloren. Denn steigende Brandschutzauflagen, Verordnungen und immer mehr Bürokratie machen den Gastwirten das Leben schwer. Deshalb forderten wir deutlich bessere Rahmenbedingungen beim Betrieb einer Gaststätte: praxistaugliche Lösungen für die Dokumentationspflicht, ein Ende der unflexiblen Arbeitszeitregelung und einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent auf alle gastronomischen Leistungen. Zwar lenkt die Regierung auch hier endlich ein, aber die geplante Förderung wird bei Weitem nicht ausreichen und kommt zudem reichlich spät.

Auch im Bereich der Tourismusförderung macht sich die Landtagsfraktion seit vielen Jahren stark.

FREIE WÄHLER setzen sich für Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes ein

Keine Nachteile durch neue Infrastrukturgesellschaft

Durch die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs wird Bayern ab 2020 jährlich zirka 1,3 Milliarden Euro sparen. Im Gegenzug haben die Länder die Zuständigkeit für Planung und Bau von Autobahnen vollständig an den Bund abgeben müssen. Diese Entwicklung sahen wir FREIE WÄHLER mit Sorge – und haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die neue „Infrastrukturgesellschaft Verkehr“ nicht zu Lasten der Beschäftigten geht.

Von den Umstrukturierungsmaßnahmen sind rund 2.500 Angestellte der beiden Autobahndirektionen Nord- und Südbayern betroffen. Die beiden Direktionen betreuen jeweils rund zehn Prozent der deutschen Autobahnkilometer. Die künftige Infrastrukturgesellschaft soll ab 1. Januar 2020 erste Aufgaben von den Ländern übernehmen. Spätestens ein Jahr später soll die Verwaltung der Bundesautobahnen ausschließlich durch sie erfolgen.

Diese geplante Neuordnung hat seit ihrer Bekanntgabe viele Angestellte und Beamte stark verunsichert, etliche versuchten, bei anderen Bauämtern oder privaten Arbeitgebern unterzukommen – und das bei der ohnehin bereits herrschenden Personalknappheit in den Autobahndirektionen. Zu Recht wurde bald die Sorge geäußert, dass die Autobahndirektionen über kurz oder lang nicht mehr imstande sein würden, ihre Arbeit zu erfüllen. Mit einem Dringlichkeitsantrag forderten wir die Staatsregierung deshalb auf, für entsprechende Übergangsregelungen zu sorgen, die die Interessen der Beschäftigten schützen und die Verunsicherung beenden sollten.

„Außerdem haben wir FREIE WÄHLER erreicht, dass dem Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes während der gesamten Übergangszeit regelmäßig Bericht erstattet wird.“

Mit Erfolg: Die oberste Baubehörde im Bayerischen Verkehrsministerium hat mit dem Bund Garantien für Arbeitsplatz, Status und Ort vereinbart. Außerdem will sie sich für eine Eins-zu-eins-Umsetzung der bayerischen Strukturen im Bund einsetzen. Zudem gibt es konkrete Pläne, dass der Bund auch alle wechselbereiten Beamten, Arbeitnehmer und Auszubildende übernimmt, eine „Rosinenpickerei“ soll es nicht geben. Außerdem haben wir FREIE WÄHLER erreicht, dass dem Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes während der gesamten Übergangszeit regelmäßig Bericht erstattet wird.

Unsere Ziele für die Polizei in Bayern

Sicherheit gewährleisten und Freiheit bewahren

Die Wahrung der inneren Sicherheit gehört zu den wichtigsten Aufgaben eines Staates. Dabei gilt es, eine angemessene Balance zwischen bürgerlicher Freiheit und innerer Sicherheit zu finden. Im Innenausschuss machen wir FREIE WÄHLER uns deshalb für eine besonnene, aber konsequente und effiziente Sicherheitspolitik im Freistaat stark. Drei Schwerpunkte haben uns in dieser Legislaturperiode besonders umgetrieben.

Söders „Bayerische Grenzpolizei“

Vor wenigen Monaten hat der bayerische Ministerpräsident als politischen Showact beschlossen, aus dem ohnehin knappen Personalbestand der Polizei eine „Bayerische Grenzpolizei“ von 500 bis 1.000 Mann herauszuschneiden. Das lehnen wir klar ab. Denn zum einen reichen die personellen Ressourcen für eine weitere Polizeibehörde gar nicht aus. Zum anderen gibt es mit der Bundespolizei bereits eine schlagkräftige Truppe, die sich um die Sicherheit an den Grenzen kümmert – ohne die bayerische Staatskasse zu belasten. Wir fordern stattdessen den Ausbau der bayerischen Schleierfahndung, denn deren gute Arbeit trägt wesentlich zum Sicherheitsgefühl der Menschen bei.

Die Videoüberwachung

Wir plädieren für eine punktuelle, bedarfsorientierte Ausweitung der Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen, lehnen aber die wahlkämpferische Videoüberwachungsoffensive der Staatsregierung ab. Würde die Staatsregierung das Thema ernst nehmen, müssten schon längst an allen neuralgischen Punkten Bayerns Kameras hängen – so wie es seit Jahren angekündigt wird. Stattdessen hat die Regierung noch nicht einmal die Frage der Finanzierung in den Kommunen geklärt. Dabei ist die innere Sicherheit eine Aufgabe des Staates, die nicht auch noch auf unsere Städte und Gemeinden abgewälzt werden darf.

Das „PAG“

Wir sind überzeugt: Unsere Freiheitsgrundrechte sind die Basis unserer Staatsordnung; an ihnen muss sich jeder staatliche Eingriff messen lassen. Diese Haltung spiegelt sich auch in der Debatte um die Neuordnung des Polizeiaufgabengesetzes – kurz PAG – wider. Zwar begrüßen wir Bestrebungen, die Ermittlungsarbeit der Polizei zu fördern und zu verbessern. Doch sie darf Bürger nicht ihrer freiheitlichen Grundrechte berauben. Deshalb setzen wir uns bereits seit einem Jahr dafür ein, dass der Begriff der „drohenden Gefahr“ lediglich im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus verwendet werden darf und nicht sämtliche polizeilichen Befugnisse umfasst.

Sicherheit und Freiheit – beides bitte mit Augenmaß und praxisnah – für unsere Bürgerinnen und Bürger, für unsere Polizistinnen und Polizisten!

Medizinstudium in Bayern

Zulassung darf nicht allein von Abiturnote abhängen

Der Ärztemangel im Freistaat hat schon heute weitreichende Folgen: Viele Landärzte finden keine Nachfolger, während die Praxen in den Städten an ihre Belastungsgrenzen stoßen. Dabei mangelt es nicht an aussichtsreichen Bewerbern, sondern am überholten Zulassungsverfahren. Um dem Ärztemangel entgegenzuwirken, muss deshalb auch die Zulassung zum Medizinstudium neu geregelt werden.

Wer in Bayern Medizin studieren will, braucht vor allem ein Einser-Abitur. Denn die wenigen Studienplätze an den medizinischen Hochschulen sind heiß begehrt; der Numerus clausus in Bayern liegt bei 1,0 bis 1,2. Haben Bewerber ihr Abitur nur gut abgeschlossen, werden sie in aller Regel nicht zum Studium zugelassen – selbst wenn sie bereits ausgebildete Sanitäter, Krankenpfleger oder Hebammen sind.

Zwar können bei den örtlichen Auswahlverfahren eigentlich auch jene Bewerber begünstigt werden, die eine abgeschlossene einschlägige Berufsausbildung oder besondere Leistungen in einem fachspezifischen Eignungstest nachweisen können. Doch nach Maßgabe des bayerischen Hochschulzulassungsgesetzes muss der Abiturnote „überwiegende Bedeutung" beigemessen werden.

Wir sind der Überzeugung: Eine sehr gute Abiturnote allein macht noch keinen guten Arzt. Mehr noch: Der Vorrang früherer schulischer Erfolge vor fachspezifischer Leistung konterkariert die Zielsetzung der örtlichen Auswahlverfahren, ein breiteres Begabungsspektrum zu berücksichtigen, das der Vielfalt der Arbeitswelt eher entsprechen würde als die vorrangige Auswahl nach schulischer Leistung. Deshalb haben wir mit einem Gesetzentwurf eine Änderung des Zulassungsverfahrens gefordert.

Unser Gesetz sieht vor, die Vorgabe zur überwiegenden Gewichtung der Abiturnote zu ändern, um so den Hochschulen einen größeren Entscheidungsspielraum einzuräumen. So könnten auch Bewerber berücksichtigt werden, von denen aufgrund ihrer fachspezifischen Neigung und Eignung ein erfolgreicher Studienabschluss zu erwarten ist. Auch angesichts der nach wie vor zu niedrigen Studienerfolgsquote ist eine solche Anpassung überfällig.

Gemeinsam mit weiteren Maßnahmen – darunter der Anpassung der Altersversorgung für Mediziner – könnten wir so die Weichen stellen, um die medizinische Versorgung in Bayern langfristig sicherzustellen. Hoffnung macht in diesem Zusammenhang das jetzt gefällte Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das ebenfalls zu dem Schluss kommt, dass das Zulassungsverfahren verändert werden muss.

„Wir FREIE WÄHLER sind der Überzeugung: Eine sehr gute Abiturnote allein macht noch keinen guten Arzt."

Unser Antragspaket #BILDUNG_DIGITAL

Schüler für die digitale Zukunft fit machen

Eine Welt ohne Smartphones und Internet ist nicht mehr vorstellbar, vor allem für die Generationen der „Digital Natives". Doch Kinder, die im digitalen Zeitalter geboren wurden, verfügen nicht automatisch über digitale Kompetenzen. Damit sie mit den neuen Medien verantwortungsvoll und kritisch umgehen können, muss die digitale Bildung in den Schulen verankert werden.

Wir FREIE WÄHLER waren die erste Fraktion im Bayerischen Landtag, die die Förderung der digitalen Medienkompetenz auf die politische Tagesordnung gehoben hat. Denn sie ist die Schlüsselqualifikation des 21. Jahrhunderts; die Bedeutung digitaler Medien in der Lebensrealität von Kindern und Erwachsenen steigt stetig. Deshalb ist es so wichtig, die Medienbildung genauso wie Lesen, Schreiben und Rechnen zum zentralen Teil des Schulunterrichts zu machen. Wie das konkret aussehen könnte, haben wir in einem umfangreichen Antragspaket unter dem Titel #BILDUNG_DIGITAL vorgestellt.

In dem Antragspaket fordern wir unter anderem, die technische Ausstattung an Schulen zu verbessern: Schnelles Internet und mobile Endgeräte, die interaktives Lernen unterstützen, müssen zügig zum Standard werden. Außerdem wollen wir auch die Medienkompetenz der Lehrkräfte verbessern, etwa durch verpflichtende Schulungsangebote. Auch die Einführung des verpflichtenden Schulfachs Informatik an weiterführenden Schulen ist uns wichtig – nur so können Kinder systematisch und unter Anleitung an digitale Produkte und Angebote herangeführt werden.

Aufgabe der digitalen Bildung muss aber auch sein, dass Schüler die Mechanismen der digital vernetzten Welt verstehen lernen. Phänomene wie Cybermobbing oder die Beeinflussung von Meinungen durch soziale Medien sind Beispiele dafür, dass technisches Wissen allein nicht ausreicht. Vielmehr müssen wir den Kindern Orientierung geben und ihnen ein stabiles Wertegerüst vermitteln, damit sie sicher durch die Onlinewelt navigieren können.

All das können die Schulen nicht allein schaffen. Der Freistaat muss die Kommunen als Sachaufwandsträger personell, finanziell und nicht zuletzt auch ideell unterstützen. Wir FREIE WÄHLER sind deshalb erleichtert, dass sich bei der Mehrheitsfraktion CSU allmählich die Erkenntnis durchsetzt, dass das Zukunftsland Bayern den Anschluss an andere europäische Länder verlieren könnte, wenn nicht schnell in den systematischen Ausbau der digitalen Bildung investiert wird.

Belastungsgrenze ist erreicht

Keine dritte Startbahn für München

Seit mehr als zehn Jahren schwebt der geplante Bau einer dritten Startbahn wie ein Damoklesschwert über dem Umland des Flughafens München. Diese Hängepartie wird weiter andauern, weil Ministerpräsident Söder die Entscheidung erst 2021 treffen will – nach den Landtags-, Europa- und Kommunalwahlen. Er möchte verhindern, dass die CSU für ihre Pro-Startbahn-Haltung vom Wähler abgestraft wird. Das ist durchsichtiges politisches Kalkül zu Lasten der Menschen in der Flughafenregion.

Die Erweiterung des Airports würde nicht nur wertvollen Naturraum zerstören, sondern für die Anwohner auch mehr Lärm und Abgase bringen. Die Belastungsgrenze ist bereits erreicht – das zeigt nicht zuletzt die Diskussion um Ultrafeinstaubwerte in der Umgebung des Flughafens. Wir FREIE WÄHLER haben dieses Thema aufgegriffen und setzen uns für ein wissenschaftliches Monitoring der gefährlichen ultrafeinen Rußpartikel und ihrer Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit ein.

In unserer Ablehnung einer dritten Startbahn sind wir als Landtagsfraktion absolut geschlossen. Mit einer Reihe von Anträgen haben wir ein Ende des Projekts gefordert. Vielmehr regen wir ein gesamtbayerisches Flughafenkonzept an, um verfügbare Kapazitäten an den Airports München, Nürnberg und Memmingen besser zu nutzen. Doch leider hält die Landtags-CSU unbeirrt daran fest, den Flughafen München so auszubauen, dass dort rund 700.000 Starts und Landungen pro Jahr abgewickelt werden könnten. 2017 wurden knapp 400.000 Flüge erreicht, heuer ist der Trend leicht rückläufig. Die Insolvenz von Air Berlin und der Rückzug des Billigfliegers Transavia haben gezeigt, wie unberechenbar die Entwicklungen in der Luftverkehrsbranche sind.

Dass ein gut vernetzter internationaler Flughafen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber ist, ist unbestritten. Die Menschen in der Region haben sich mit dem Airport arrangiert – auch mit den Belastungen, die er bringt. Ein Ausbau ist jedoch unnötig und keinesfalls vertretbar. Wir FREIE WÄHLER lehnen auch die Umwandlung der Flughafen-GmbH in eine Aktiengesellschaft entschieden ab. Mit diesem Winkelzug könnte die Vetoposition der Landeshauptstadt München, die 23 Prozent der Anteile hält, gegen den Startbahnbau ausgehebelt werden.

„Ein Ausbau des Flughafens München ist unnötig und keinesfalls vertretbar."

Milchbauernsterben

Unsere Initiativen für Bayerns Milchbauern

In Bayern gibt es immer weniger Milchbauern. Waren es früher 300.000, sind es heute nur noch rund 30.000 Bauernhöfe mit Milchkühen. Damit geht nicht nur ein Stück landwirtschaftlicher Tradition, sondern auch ein wichtiger Wirtschaftszweig verloren. Mit vielen Initiativen machen wir FREIE WÄHLER uns deshalb im Landwirtschaftsausschuss für unsere Milchbauern stark.

Damit nicht noch mehr Milcherzeuger in Bayern ihre Höfe schließen, brauchen sie einen kostendeckenden Rohmilchpreis, mit dem auch die Bildung von Eigenkapital möglich ist. Doch die Milchpreise für Bauern, Molkereien und Endkunden hängen von unterschiedlichen Faktoren ab, allen voran von der Nachfrage der Verbraucher. In der EU gibt es bereits seit Jahren einen Milchüberschuss, das Angebot ist also größer als die Nachfrage. Das drückt den Milchpreis – mit verheerenden Folgen gerade für kleine und mittlere Betriebe. Deshalb haben wir die Staatsregierung aufgefordert, sich in Brüssel für eine europaweite freiwillige Reduzierung der Milchmenge gegen Entschädigungszahlungen einzusetzen. Die CSU hat unserem Antrag bereits zugestimmt – jetzt muss sie schnell ihre Schwesterpartei überzeugen.

Außerdem lehnen wir eine weitere Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel ab. Schon heute entfallen fast 90 Prozent aller Umsätze auf fünf große Lebensmittelkonzerne – und mehr Größe bedeutet mehr Marktmacht. Um die katastrophalen Dumpingpreise der Discounter zu bekämpfen, haben wir das Bundeskartellamt aufgefordert, endlich für die Umsetzung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung zu sorgen.

Darüber hinaus wollen wir die Verhandlungsposition der Milchbauern stärken. Konkret fordern wir, die Bündelungsmöglichkeiten für Landwirte deutlich auszuweiten. Die für die Bündelung zugelassene Rohmilchmenge muss von europaweiten 3,5 Prozent auf 15 Prozent angehoben werden. Nur so können die Milchbauern zu gleichberechtigten Partnern am Markt werden – und sind nicht länger der Übermacht durch die genossenschaftlichen und privaten Molkereien sowie den Lebensmitteleinzelhandel ausgeliefert.

Zudem fordern wir einen dauerhaften Krisenfonds für Milchbauern, in den Erzeuger, Molkereien, Discounter und auch der Staat einzahlen sollen. Sollte der Milchpreis wieder deutlich unter 40 Cent fallen, könnten die Bauern so für den Produktionsverzicht entschädigt werden.

„Die marktbeherrschende Rolle des Lebensmitteleinzelhandels muss gebrochen werden."

5 Fragen an die FREIEN WÄHLER zur Arbeit im Sozialausschuss

1. Die FREIEN WÄHLER haben in der laufenden Legislaturperiode zahlreiche sozialpolitische Initiativen gestartet. Warum dieses Engagement?

FW: Wir FREIE WÄHLER sind der Überzeugung, dass die Qualität eines Staates davon abhängt, wie er mit seinen Schwächsten umgeht. Und da gibt es in Bayern noch zu viele Baustellen. Ob Behinderte, Wohnungslose oder Opfer von häuslicher Gewalt: Für Menschen, die sozial benachteiligt sind, tut der Staat immer noch zu wenig.

2. Welche Forderungen haben Sie konkret gestellt?

FW: Wir haben die Staatsregierung aufgerufen, die Wohnungslosenhilfe auszubauen. Es geht nicht an, dass die Zahl der Obdachlosen in einem reichen Land wie Bayern Jahr für Jahr steigt. Ziel muss sein, bayernweit niedrigschwellige Anlaufstellen für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen zu schaffen. Gleiches gilt für die Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt: Auch hier braucht es flächendeckende Beratungs- und Interventionsstellen, damit Opfer schnell und unbürokratisch Hilfe erhalten.

3. Wie setzen Sie sich für die Belange älterer Menschen ein?

FW: Wir haben beispielsweise eine Erhöhung der staatlichen Förderung von Mehrgenerationenhäusern gefordert. Diese Einrichtungen für Jung und Alt weisen großfamiliäre und nachbarschaftliche Strukturen auf, was sie zu wichtigen Orten des Austauschs und der gegenseitigen Hilfe macht. Damit bilden sie einen Baustein zur Bewältigung des demografischen Wandels.

4. Sie haben auch eine Änderung des Blindengeldgesetzes gefordert. Warum?

FW: Weil wir auch hochgradig sehbehinderten Menschen einen Anspruch auf Blindengeld einräumen wollen. Sie haben genauso wie blinde Menschen typische behinderungsbedingte Mehraufwendungen bei der Bewältigung ihres Alltags – doch nur zum Teil werden diese von den Krankenkassen übernommen. Diese Versorgungslücke wollen wir schließen, denn nur so schaffen wir eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Behinderten.

5. Hatten Sie mit Ihren Anträgen Erfolg?

FW: Zu guter Letzt ja. Doch zunächst hat die CSU alle genannten Initiativen blockiert – nur um sie jetzt, kurz vor der Landtagswahl, abzuräumen. Ein solches Taktieren steht einer Partei, die das Soziale im Namen trägt, nicht gut zu Gesicht. Medienwirksame Maßnahmen wie das Familiengeld peitscht sie in wenigen Wochen durch – und die vielen guten Vorschläge der Opposition ignoriert sie geflissentlich, es sei denn, deren Umsetzung dient dem Stimmenfang. Derzeit setzen wir FREIE WÄHLER uns für die kostenlose Kinderbetreuung in ganz Bayern ein. Es wäre schön, wenn die CSU auch hier einlenkt – bis zum Oktober ist dazu ja noch etwas Zeit.

„Von den Ankündigungen der Staatsregierung bleibt kaum etwas übrig. Ein Beispiel ist die Förderung von Kindertagesstätten: Statt der angekündigten 80- bis 90-prozentigen Förderung wird oftmals nicht einmal die Hälfte der förderfähigen Kosten bezuschusst.“

Abstimmungsverhalten im Bundesrat

Mehr Transparenz für Bayerns Bürger

Im Bundesrat werden viele Entscheidungen gefällt, die direkt Einfluss auf die Politik in Bayern und im Bund nehmen. Der Freistaat hat hier 6 von 69 Stimmen. Doch wie die Staatsregierung bei Bundesratsentscheidungen abstimmt – welche Haltung sie also vertritt –, wurde lange Zeit nicht offengelegt. Bis wir FREIE WÄHLER angeregt haben, die Abstimmungen zu veröffentlichen.

Es gehört zum Selbstverständnis einer funktionierenden Demokratie, dass die ausführenden Organe ihre Entscheidungen offenlegen. Doch während beispielsweise seit langem das Stimmverhalten und die Stimmerklärungen der Abgeordneten des Europaparlaments nachvollzogen werden können, fehlte dasselbe Maß an Transparenz für das Handeln des Freistaates Bayern im Bundesrat und im Ausschuss der Regionen.

In beiden Institutionen ist jedes Land durch Mitglieder seiner Landesregierung vertreten. Auf diese Weise werden die Interessen der Länder bei der politischen Willensbildung des Gesamtstaates berücksichtigt. Wie die bayerische Staatsregierung dort abstimmte, veröffentlichte sie grundsätzlich nicht. Auch die Protokolle der Sitzungen beider Institutionen geben hierüber keine Auskunft. Erst mit gezielten Anfragen konnten wir FREIE WÄHLER – ebenso wie die übrigen Oppositionsfraktionen – mit einiger zeitlicher Verzögerung an offizielle Auskünfte gelangen. Für die Bürgerinnen und Bürger bestand indes keinerlei Möglichkeit, die bayerische Politik auf Bundes- und Europaebene systematisch zu verfolgen.

Dabei geht es auch anders: Einige Bundesländer veröffentlichen schon seit vielen Jahren regelmäßig unaufgefordert ihr Abstimmungsverhalten. Deshalb haben wir FREIE WÄHLER die Staatsregierung in der laufenden Legislaturperiode aufgefordert, ihre Voten mit Begründung bei allen Beschlüssen im Bundesrat und im Ausschuss der Regionen systematisch in einer Datenbank zu erfassen – und über das Internet den Bürgern zeitnah zugänglich zu machen. Damit wollten wir dem Anspruch der Politik auf größtmögliche Transparenz Rechnung tragen.

„Es gehört zum Selbstverständnis einer funktionierenden Demokratie, dass die ausführenden Organe ihre Entscheidungen offenlegen.“

Auch wenn unser Antrag von der Mehrheitsfraktion CSU zunächst abgelehnt wurde, hat er inzwischen nachhaltigen Niederschlag gefunden: Seit 2014 veröffentlicht die Staatsregierung ihre Voten unter www.bayern.de/staatsregierung/bayern-in-berlin/bayern-im-bundesrat_/. Das Abstimmungsverhalten im Ausschuss der Regionen bleibt hingegen weiterhin intransparent. Wir arbeiten daran, dass sich das ändert.

Unsere Pflegeinitiativen

Bayern braucht dringend mehr Pflegekräfte und eine Pflegekammer

Bayern steht vor einem Pflegekollaps: Bereits heute haben Heimträger und ambulante Pflegedienste große Schwierigkeiten, Fachpersonal zu finden. Gleichzeitig ist Nachwuchs für den gesamten Pflegeberuf sehr rar. In der laufenden Legislaturperiode haben wir uns deshalb mit vielen Maßnahmen für Verbesserungen in der Pflege und die Gewinnung von Pflegekräften eingesetzt.

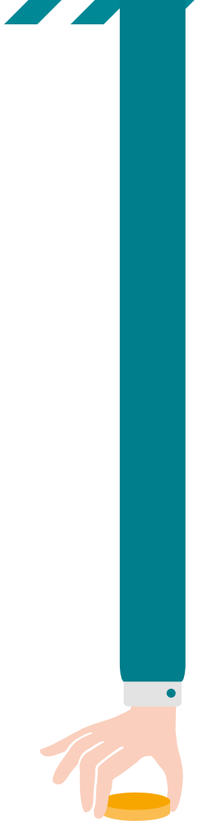
Unsere großangelegte „Interpellation zur Pflege in Bayern" hat gezeigt, dass die bislang von der Staatsregierung ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen. Daher haben wir zahlreiche konkrete Forderungen formuliert, um die Situation von Pflegenden in Bayern zu verbessern. So plädieren wir etwa für die Einrichtung einer Pflegekammer, die ohne fachfremde Einflüsse selbstbestimmt und von der Staatsregierung unabhängig die Interessen der Pflege vertreten kann, sowie die Einführung von regionalen Ombudsstellen.

Das Kernproblem der Pflege sehen wir in der mangelhaften Finanzierung. Deshalb fordern wir eine grundlegende Neuordnung der gesetzlichen Pflegeversicherung. Vor allem durch eine Ausweitung der Einnahmen muss diese auf eine solide und nachhaltig gesicherte finanzielle Basis gestellt werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine flächendeckende unabhängige Pflegeberatung ein. Bislang besteht eine große Lücke bei der unabhängigen Pflegeberatung, die häufig von gesetzlichen oder privaten Pflegekassen oder vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen angeboten wird.

Zudem wollen wir die Rahmenbedingungen für Pflegeberufe verbessern. Altenpfleger ist eine anstrengende Tätigkeit mit wenig gesellschaftlicher Anerkennung und schlechten Verdienstaussichten. Es braucht deshalb höhere Löhne und einen besseren Personalschlüssel – dazu muss aber auch die gesetzlich vorgeschriebene Fachkraftquote von 50 Prozent in Pflegeheimen eingehalten werden. Zudem fordern wir eine Reduktion der umfangreichen Dokumentationspflichten – es kann nicht sein, dass Pflegekräfte aufgrund des bürokratischen Aufwandes kaum noch Zeit für ihre Patienten haben.

Außerdem haben wir die Staatsregierung aufgefordert, ein Soforthilfeprogramm für die stationäre Altenpflege aufzulegen. Profitieren sollen davon Pflegeeinrichtungen, die nachweislich mehr Personal einstellen. Eine solche finanzielle Förderung wäre ein deutliches Signal, dass uns ein angemessener Personalschlüssel und eine qualitativ hochwertige Pflege etwas wert sind.

„Unsere großangelegte ‚Interpellation zur Pflege in Bayern' und unser regelmäßiger Austausch mit betroffenen Angehörigen haben gezeigt, dass die bislang von der Staatsregierung ergriffenen Maßnahmen bei Weitem nicht ausreichen. Daher haben wir konkrete Forderungen formuliert, um die Situation von Pflegenden in Bayern zu verbessern."



„Die Einnahmen aus dem Soli übersteigen mittlerweile deutlich die Ausgaben der Transferleistungen für die östlichen Bundesländer."

Versteckte Steuererhöhungen

Keine Taschenspielertricks bei der Soli-Abschaffung

Ob Grunderwerbssteuer-Freibetrag, die Abschaffung der kalten Progression oder die Anpassung von Pauschalen, Freibeträgen und Einkommensgrenzen an das aktuelle Preisniveau: Seit Beginn der Legislaturperiode machen wir FREIE WÄHLER uns für Steuererleichterungen stark. Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir jetzt einmal mehr die ersatzlose Streichung des Solidaritätszuschlags gefordert.

Mit dem Soli wurden ab 1995 die Kosten der deutschen Einheit finanziert. Zwar verständigten sich CDU, CSU und SPD im aktuellen Koalitionsvertrag darauf, untere und mittlere Einkommen beim Solidaritätszuschlag zu entlasten. Doch immer noch wird diskutiert, wie der Soli fortgeführt werden kann. Im Raum steht etwa, den Soli in den Einkommensteuertarif zu integrieren oder ihn mit geänderter Zweckbestimmung weiterzuführen.

Wir haben die Staatsregierung aufgefordert, sich gegen die Fortführung des Solis auszusprechen. Schließlich ist er als zeitlich befristeter Zuschlag auf die Einkommensteuer eingeführt worden, verbunden mit dem politischen Versprechen, dass der Zuschlag entfiele, sobald der Zweck erfüllt sei. Würde der Zuschlag in anderer Form weitergeführt, käme dies einer verdeckten Steuererhöhung gleich – das Vertrauen der Bürger wäre zu Recht erschüttert.

Dabei ist der Soli schon seit Jahren kaum noch zu rechtfertigen. Im Jahr 2005 standen noch Einnahmen in Höhe von 10,3 Milliarden Euro Investitionen in die neuen Bundesländer in Höhe von 16,3 Milliarden Euro gegenüber. 2014 beliefen sich die Einnahmen auf 14,9 Milliarden Euro – ausgegeben wurden jedoch nur 7,4 Milliarden Euro. 2017 nahm der Bund rund 18 Milliarden Euro ein; bis 2019 wird eine Steigerung auf 19,4 Milliarden Euro erwartet. Bis 2020 werden sich die Soli-Einnahmen wohl auf einen Gesamtbetrag von über 325 Milliarden Euro aufaddiert haben.

Damit übersteigen die Einnahmen aus dem Zuschlag mittlerweile deutlich die Ausgaben der Transferleistungen für die östlichen Bundesländer. Deshalb ist der Zuschlag schon heute – zumindest teilweise – nicht mehr darstellbar. Die besonderen Transferleistungen für die östlichen Bundesländer laufen 2019 aus und auch der Länderfinanzausgleich muss bis 2019 neu geregelt werden.

Fünf Jahre parlamentarische Arbeit

Unsere Abgeordneten ziehen Bilanz

Hubert Aiwanger

„Die vergangenen fünf Jahre im Landtag waren erfolgreich für uns FREIE WÄHLER. Wir haben das G9 durchgesetzt und die Straßenausbaubeiträge abgeschafft."

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

„Zufrieden blicke ich auf erfolgreiche fünf Jahre zurück: #Frankensprecher – #Erhalt kleiner Krankenhäuser – #Hebammen – #Hausärzte – #ambulante und stationäre Pflege – #Pflegereform – #Untersuchungsausschuss Modellbau."

Thorsten Glauber

„Mein persönliches Fazit lautet: Wir sind die starke Stimme der Bürgerinnen und Bürger, die es im Landtag braucht und die die Staatsregierung wieder auf den Boden der Tatsachen holt."

Johann Häusler

„Ich war gerne Teil der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion und bin stolz auf die vielen Initiativen, die wir gemeinsam angestoßen haben."

Dr. Leopold Herz

„Sehr viele unserer Anträge wurden zunächst abgelehnt (z. B. die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge) und kamen nach einiger Zeit wieder als CSU-Antrag auf den Tisch! Eine größere Anerkennung kann es kaum geben!"

Dr. Hans Jürgen Fahn

„Durch uns wurde das Ehrenamt in die Verfassung aufgenommen. Jetzt gilt es, den Klimaschutz zu forcieren und eine generationenfreundlichere Politik zu leben – denn nur Jung und Alt zusammen können die Probleme der Zukunft lösen."

Eva Gottstein

„In meinen Zuständigkeitsbereichen innere Sicherheit, Jugend und Frauen konnte ich pragmatische und glaubwürdige Politik umsetzen. Besonders stolz bin ich auf meine Vorbildfunktion für viele junge Frauen."

Joachim Hanisch

„Ich möchte die Zeit in der FW-Landtagsfraktion nicht missen. In der Kommunalpolitik erzielten wir mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einen Teilerfolg, das d'Hondt'sche Verfahren konnten wir verhindern."

Nikolaus Kraus

„Selbst in der Opposition konnten wir bei zahlreichen Themen wichtige Erfolge erzielen. Außerdem gelang es mir, einigen Bürgern bei ihren Problemen und Anliegen zu helfen – allein das ist die politische Arbeit schon wert."

Peter Meyer

„Stolz bin ich darauf, dass wir als FW-Landtagsfraktion die CSU zu einer kommunalfreundlicheren Politik drängen konnten. Die Finanzausstattung der Gemeinden ist wesentlich besser geworden."

Bernhard Pohl

„Meine persönlichen Highlights waren die Abschaffung der ‚Strabs' – und das Vertrauen der Fraktion in mich beim Formulieren der entsprechenden Gesetzentwürfe – sowie die vielen Initiativen für meine Heimatregionen Schwaben und Allgäu."

Florian Streibl

„Dankbar blicke ich auf fünf Jahre im Landtag zurück. Durch viele Initiativen konnten wir einiges bewegen. Dass jeder in Bayern sein Lebensglück finden kann, ist Verpflichtung und Aufgabe. Dafür zu arbeiten ist meine größte Freude."

Jutta Widmann

„Ich gehöre der BMW-Fraktion an – ich setze mich besonders für Bäcker, Metzger und Wirte (sowie Landwirte) ein, damit es in Bayern auch in Zukunft kleine und mittelständische Betriebe gibt."

Prof. Dr. Michael Piazolo

„Ich sehe uns als die erfolgreichste Opposition der vergangenen Jahre. Wir haben für Stadt und Land vieles bewegt. Die Studiengebühren sind abgeschafft, das G9 kommt wieder und München bleibt hoffentlich die dritte Startbahn erspart. Wir machen so weiter."

Gabi Schmidt

„Weitermachen ist meine Devise. Die CSU hat 99 Prozent der Anträge der Opposition im Sozialausschuss abgelehnt. Bayern braucht eine soziale Landespolitik mit Herz und Verstand. Dafür stehen ich und die FREIEN WÄHLER."

Dr. Karl Vetter

„Auch im Bereich Gesundheitspolitik waren wir FREIE WÄHLER Motor und Taktgeber im Bayerischen Landtag, zum Beispiel bei der Hausarzt- und Hebammenversorgung. Darauf können wir stolz sein."

Benno Zierer

„Ich bin stolz auf unsere Fraktion, weil wir bei aller parteipolitischen Auseinandersetzung im Landtag den pragmatischen und sachlichen Stil bewahrt haben, der uns FREIE WÄHLER seit jeher auszeichnet."

Thorsten Glauber

„Ich engagiere mich ...

... weil ich der Überzeugung bin, dass ich als Politiker die richtigen Weichen stellen kann, um meine Heimat Franken und ganz Bayern voranzubringen.“

Wie viel Einfluss hat Landespolitik Ihrer Meinung nach überhaupt noch?

Die Bundesrepublik ist ein föderalistischer Staat mit weitreichenden Entscheidungsbefugnissen der Länderparlamente. Im Maximilianeum werden tagtäglich wichtige Entscheidungen getroffen, die ganz Bayern beeinflussen. Zu den klassischen Feldern der bayerischen Landespolitik gehören die Zuständigkeitsbereiche für Bildung, Kommunales und innere Sicherheit, Finanzen und Wirtschaft, Soziales, Kultur, Umwelt und Landwirtschaft. Bereits in der Vergangenheit haben wir FREIE WÄHLER bewiesen, dass man aus München vieles für ganz Bayern erreichen kann. So konnten wir stets wichtige Themen besetzen und trotz des Gegenwindes der Staatsregierung viele Erfolge feiern! Den Breitbandausbau in Bayern, die Abschaffung der Studiengebühren, die Rückkehr zum G9 oder ganz aktuell die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

Warum können gerade Sie für die FREIEN WÄHLER etwas bewirken?

Es ist nicht entscheidend, was ich für die FREIEN WÄHLER tun kann, sondern was der FREIE WÄHLER Abgeordnete Thorsten Glauber für die Bürgerinnen und Bürger Bayerns tun kann. Auch in einer dritten Landtagsperiode möchte ich mich mit voller Kraft für ganz Bayern einsetzen. Dafür werde ich mit vollem Tatendrang vom ersten bis zum letzten Tag hart arbeiten. Mit meiner ganzen freiberuflichen sowie meiner langjährigen politischen Erfahrung werde ich mich für meine Schwerpunkte in der Finanz-, Wirtschafts-, Bau- und Verkehrspolitik einsetzen. Durch tiefgreifende Einblicke in die bayerische Politik von Kommune bis Landtag weiß ich genau, welche Stellschrauben betätigt werden müssen, um Dinge in Gang zu setzen. Besonders für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern möchte ich mich weiterhin engagieren.

Welches Resümee/Fazit ziehen Sie aus den vergangenen zehn Jahren?

Diese Zeitschrift ist wie ein Zeugnis. Man muss sie nur durchblättern und sieht, was wir bereits geschafft haben. Für mich, der schon seit 2008 dabei ist, schwingt auch ein Stück weit Stolz mit. Wir haben vor zehn Jahren in leeren Räumen – sozusagen in der Stunde null – hier im Landtag angefangen. Und wenn wir sehen, wohin unser Weg bereits gegangen ist, können wir zufrieden sein: Wir sind der Anwalt der Kommunen und die Interessenvertreter der Bürger und Bürgerinnen im Bayerischen Landtag! Diese Aufgabe gilt es, nun auch in der kommenden Landtagsperiode weiterhin zu erfüllen und zu stärken, das ist die Herausforderung für uns und die ganze FREIE WÄHLER Familie.

Thorsten Glauber

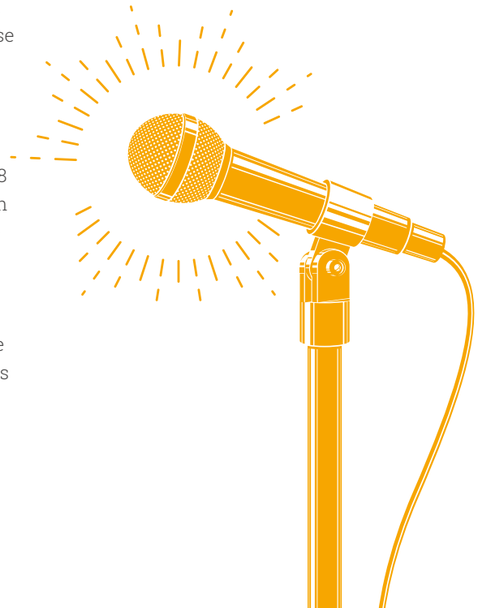
Geboren am 21. November 1970 in Forchheim

Wohnort: Pinzberg

Ausbildung: Ausbildung zum Kommunikationselektroniker von 1987 bis 1991, BOS Bamberg von 1992 bis 1994, Ausbildung zum Bauzeichner von 1994 bis 1996, Architekturstudium an der Hochschule Coburg von 1996 bis 2000, Master-Abendstudium (MBE) Facility-Management an der Hochschule Nürnberg

Beruf: Architekt, Kommunikationselektroniker

Politik: MdL, Kreisrat, stellvertretender Bürgermeister



Kurz berichtet

Piep. Piep. Piep: Die Folgen fehlender Kindergartenplätze thematisiert unser Kurzfilm „Kostenlose Kinderbetreuung“.

Sympathische Kurzfilme auf Facebook und Youtube

Ob Kinderbetreuung, Dieselskandal oder der Mietwahnsinn in Bayerns Metropolen: Mit ihren humoristischen Kurzfilmen legen die FREIEN WÄHLER seit Mai Woche für Woche den Finger in die Wunde.
Zu sehen sind die Filme auf dem fraktionseigenen Youtube-Kanal unter **www.youtube.com/fwlandtag** und auf Facebook unter **www.facebook.com/fwlandtag**

Was sonst noch los war…

11. Juni 2018

Wie Älterwerden in den eigenen vier Wänden gelingen kann und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit Angehörige die Pflege von Familienmitgliedern mit ihrer Berufstätigkeit vereinbaren können – darüber diskutieren die FREIEN WÄHLER mit Betroffenen beim Pflegekongress „Pflegende Angehörige am Limit – was tun?“ im Bayerischen Landtag.

8. Juni 2018

Bei dem Parlamentarischen Abend „Direktvermarktung regionaler Produkte“ reden die FREIEN WÄHLER mit Landwirten und Biobauern über Chancen und Herausforderungen der Direktvermarktung und bekräftigen ihre Forderung, den Ab-Hof-Verkauf in Bayern zu stärken.

4. Juni 2018

Die FREIEN WÄHLER machen sich weiter für eine konsequent dezentral umgesetzte Energiewende in Bayern stark. Ihre Forderungen an die Staatsregierung – darunter Förderung neuer Technologien, Einführung von Regionalquoten bei Ausschreibungen und Planungsstopp für die Stromtrassen – stellen sie bei einer Pressekonferenz im Maximilianeum vor.

27. April 2018

Hebammenmangel, überforderte Kinderärzte, zu wenig Kitaplätze: Eine Familie zu gründen wird für viele Menschen immer mehr zur Herausforderung – und das ausgerechnet im reichen Freistaat. Dabei darf es nicht bleiben, fordern die FREIEN WÄHLER bei ihrem familienpolitischen Empfang im Bayerischen Landtag.

Mit einem Abonnement immer „Nah dran“ an den Themen der FREIEN WÄHLER

Wollen Sie regelmäßig nah dran an unserer Arbeit sein, damit Sie stets über alle wichtigen Meldungen, Meinungen und Beschlüsse der FREIEN WÄHLER Landtagsfraktion Bescheid wissen? Dann entscheiden Sie sich am besten für ein Abonnement unserer Fraktionszeitung „Nah dran“ und erhalten Sie Informationen aus erster Hand.

Senden Sie das ausgefüllte Formular an

FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Max-Planck-Straße 1
81675 München

oder schicken Sie uns eine E-Mail an

fraktionszeitung@fw-landtag.de

oder ein Fax an

089 4126-1643.

Diese Druckschrift ist eine Information über die parlamentarische Arbeit der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion im Bayerischen Landtag und darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Impressum

HERAUSGEBER

FREIE WÄHLER
Landtagsfraktion
Maximilianeum

Max-Planck-Str. 1
81627 München
Tel.: 089 4126-2922
info@fw-landtag.de

V. I. S. D. P.

FREIE WÄHLER
Landtagsfraktion

Thorsten Glauber, MdL
Max-Planck-Str. 1
81675 München

REDAKTION

Sabrina Schmidt

BILDNACHWEIS

FREIE WÄHLER Bayern: S. 4, 10, 12
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion:
S. 7, 8, 9, 11, 17, 31, Istock

ARTDIREKTION UND DESIGN

CUBE Werbeagentur GmbH

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Ich möchte „Nah dran“, die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, bis auf Widerruf kostenlos per Post erhalten.

Vorname _____ Name _____

Straße, Hausnummer _____ PLZ, Ort _____

E-Mail _____

Ich willige in die Speicherung und Nutzung meiner oben angegebenen Daten zum Zweck der Versendung der Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit, z. B. per E-Mail an fraktionszeitung@fw-landtag.de, widerrufen.

Datum, Unterschrift _____